

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Christa Nickels, Amke Dietert-Scheuer, Angelika Beer und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
– Drucksache 13/8497 –**

Sammelübersicht 230 zu Petitionen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Petition 1-13-05-054-034660 wird der Bundesregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Bonn, den 10. Dezember 1997

**Christa Nickels
Amke Dietert-Scheuer
Angelika Beer
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

Begründung

Der Petent, Vertreter einer humanitären Vereinigung mit konfessionellem Bezug, fordert ein weltweites Verbot von Landminen.

Auch wenn es inzwischen auf dem Weg zu einer vollständigen Ächtung von Landminen beeindruckende Erfolge vorzuweisen gibt, so ist das Grundproblem der globalen Landminenkatastrophe noch nicht angegangen. Bislang gelten die völkerrechtlichen Vereinbarungen nur für Antipersonenminen. Andere Landminentypen, wie Antipanzermine mit Räumschutz und High-Tech-Minen, sind ausgeschlossen. Dies liegt daran, daß die Regierungen immer noch als Grundlage ihrer Entscheidungen militärische Kriterien heranziehen und humanitäre Argumente erst an zweiter Stelle berücksichtigt werden.

Auch die Bundesregierung unterscheidet sich darin nicht von anderen Regierungen. Sie verzichtet nur auf Landminensysteme, die auf der einen Seite von der Bundeswehr nicht mehr benötigt wer-

den und auf der anderen Seite von deutschen Minenproduzenten nicht hergestellt werden.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, hat am 3. Dezember 1997 in einem Interview mit dem Südwestfunk dem Ziel grundsätzlich zugestimmt, alle Minen zu vernichten, also auch Antipanzermijnen. Die Politik der Bundesregierung widerspricht dem aber, weil nicht erkennbar ist, daß diesen Worten auch Taten folgen.

Das Anliegen des Petenten ist aus diesen Gründen aktuell und gerechtfertigt.